# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 26. | Dresden, Mittwoch den 2. Februar 1910. | 21. Jahrg.


## Der Ordnungsruf.

Aus dem Reichstage wird uns geschrieben:

Hunderte von Neugierigen drängten sich am Dienstag mittag vor den Toren des Reichstags, um noch eine Einlaßkarte zu den längst schon überfüllten Tribünen zu erhaschen. Obschon die Zeitungen aller Parteien wiederholt darauf aufmerksam gemacht hatten, daß die Geschäftsordnung des Reichstags keine Diskussion über die Berufung eines Abgeordneten gegen einen ihm vom Präsidenten erteilten Ordnungsruf zuläßt, sondern daß nur eine simple Abstimmung vorgenommen werden könnte, trieb doch das politische Interesse die Scharen zum Reichshaus. Sie erwarteten etwas Unvorhergesehenes, irgendeinen dramatischen Abschluß, vielleicht wenigstens eine Fortsetzung der Geschäftsordnungsdebatte über die höchst aufgeblasene „Ergänzung" des stenographischen Berichts oder etwas dergleichen.

Aber nichts von alledem geschah. Mit affektierter Kühle und Geschäftsmäßigkeit eröffnete Herr Spahn die Sitzung und schritt dann zur Abstimmung, der er übrigens eine mindestens anfechtbare Form gab. Denn § 60 der Geschäftsordnung bestimmt, daß über den Ordnungsruf abgestimmt werden muß. Herrn Spahn beliebte es aber, über die Beschwerde des Abgeordneten Ledebour abstimmen zu lassen. Eine Kleinigkeit — selbstverständlich; aber die ganze „Ordnung" beruht doch auf der Beobachtung von Formen, und nachdem der zweite Vizepräsident des Reichstags gerade durch sein mangelndes Verständnis für die Beachtung der Formen die Verschärfung des Oldenburgschen Konflikts herbeigeführt, hätte man erwarten sollen, daß wenigstens der erste Vizepräsident die Formen sicherer meisterte.

Indessen ist das belanglos, wenn man die Sache selbst ins Auge faßt. Wir wir schon gestern andeuteten, mußte man mit einem Umfall der Nationalliberalen bei der Abstimmung rechnen. Man könnte vielleicht einwenden: das muß man bei den Nationalliberalen doch immer. Aber in diesem Falle wäre ein Zweifel nach der scharfen Erklärung Bassermanns in der Sitzung vom Sonnabend und nach einem überaus schroffen Artikel der einflußreichen Kölnischen Zeitung gegen den sogenannten Vizepräsidenten Hohenlohe wohl erlaubt gewesen. Die Polen allein schlossen sich der Sozialdemokratie und dem Freisinn in dem Protest gegen die Preisgabe der Würde des Reichstags durch den Vizepräsidenten Hohenlohe an. Die Nationalliberalen traten in diesem Falle zum schwarz-blauen Block über und verstärkten damit eine auch ohne sie vorhandene Majorität für den Prinzen Ungeschickt. Wenn dieser Mann aber eine Spur von politischem Verständnis besitzt, dann muß er sich sagen, daß tatsächlich nur die lächerliche Minderheit der fanatischsten Junker in der Sache selbst ihm zur Seite getreten ist. Ueber den Geschmack kann man nicht streiten. Wenn der Erbprinz Hohenlohe es für anständig oder auch nur für erträglich hält, unter solchen Umständen immer von neuem die Gefahr einer Blamage für die deutsche Volksvertretung dadurch heraufzubeschwören, daß er noch weiter „Präsident markieren" möchte, dann ist ihm eben nicht zu helfen. Bei der Gelegenheit darf man wohl an das bittere Wort eines deutschen Staatsmannes erinnern, der das streberische Geschlecht der Hohenlohe in einer Diskussion über den Eintritt Ernts in das Kolonialamt seinerzeit kennzeichnete. Ernst Hohenlohe war Stellvertreter des Herzogs von Koburg gewesen, hatte demnach mit den deutschen Souveränen gleich rangiert; dann aber trat er als — stellvertretender Direktor in das Reichskolonialamt ein. In eine damals ganz untergeordnete und höchst unangenehme Stellung. Darüber äußerte jemand sein großes Erstaunen, der besagte Staatsmann aber entgegnete: „Was wollen Sie? Er ist doch ein Hohenlohe; wenn man dem den Portierposten im Reichsamt des Innern angeboten hätte, er hätte ihn auch genommen!"

Man sagt nicht mit Unrecht, daß der Erbprinz ein persönlich liebenswürdiger Mann mit verbindlichen Umgangsformen sei. Derartige Eigenschaften mögen für einen Oberkellner unerläßlich sein; im Rate ernsthafter Männer sind sie von untergeordneter Bedeutung und können den Mangel wertvollerer Eigenschaften nicht ausgleichen. Wer im deutschen Reichstag die Würde des Präsidenten bekleiden will, der muß imstande sein, den frechen Verhöhnungen agrarischer Rüpel mit äußerster Entschlossenheit zu begegnen. So will es die politische Notwendigkeit; denn es gibt in Deutschland nur eine ernsthafte Gefahr für das Wohl des Volkes und die Fortentwicklung seiner politischen Verfassung: das sind die Junker. Selbst mit den Ultramontanen würden wir rasch ins reine kommen, wenn wir nicht an jeder Ecke auf das Bollwerk des Junkertums stießen. Nachdem es sich durch die wucherliche Ausbeutung des Volkes mit Hilfe des letzten Zolltarifs wirtschaftlich vollgesogen hat, plant es freche Anschläge auf die Volksrechte. Man kann nicht oft genug wiederholen: der Zauschauer Oldenburg ist nur einer von vielen, dazu einer, der einmal die Wahrheit herausgestoßen hat, ob er nun alkoholisiert oder bloß frech war.

In Anlehnung alles dieses ist die parlamentarische Erledigung des Falles Oldenburg, so unbefriedigend sie sich auch gestaltet hat, nicht bedeutsam. Es kommt vielmehr darauf an, das Verfahren vor das Volk zu tragen. Der Prozeß beginnt jetzt; das Urteil wird am Tage der nächsten Reichstagswahl gesprochen. Und dann wird sich's ja herausstellen, ob die hoffentlich in Stücke zerschmetterte Junkerpartei die Berufung an den Leutnant und die zehn Grenadiere wagen will oder ob unser Volk Kraft genug gewonnen hat, sich endlich von dieser Clique zu befreien, die aus seiner Haut Riemen schneidet und die blutigen Striemen mit dem Salze des Hohnes bestreicht. Mit den Stallburschen von der Sorte Oldenburgs, den besoldeten Talmijunkern vom Schlage Kreth müssen wir ebenso aufräumen, wie mit den dekadenten Rokokofiguren eines Ernst von Hohenlohe. Ein robustes Volk, das in harter Arbeit vorwärts strebt, braucht sich wahrhaftig seine Zukunft nicht von einer derartigen Gesellschaft verschandeln zu lassen.

• • •

## Zum Fall Oldenburg.

Die Konservative Korrespondenz veröffentlicht eine parteioffiziöse Erklärung, in der versichert wird, an der Behauptung, daß Herr v. Oldenburg zur Anwendung von Gewalt gegen den Reichstag aufgefordert habe, sei „kein wahres Wort". Herr v. Oldenburg stehe mit der gesamten konservativen Partei streng auf dem Boden der Reichsverfassung und habe „lediglich in drastischer und humoristischer Weise äußerste Pflichten militärischer Disziplin kennzeichnen wollen".

Selbst die rechtsreisinnige Voss. Ztg. nennt diese Erklärung eine „klägliche Ausflucht", die Berl. Volksztg. meint: „Sie treiben weiter", das Berl. Tagebl. spricht von einer „Modenwäsche" und selbst die nationalliberale Nationalztg. fragt, „ob Herr v. Oldenburg in seiner ein wenig rustikalen Art nicht etwa ausplauderte, was die Meister seines Stils in seiner Nähe weise zu verschweigen wissen".

Gegenüber den Ableugnungs- und Vertuschungsversuchen der konservativen Partei gewinnt die Aeußerung eines klassischen Zeugen, des früheren Obersten Gaedke, ganz besondere Bedeutung. Der ehemalige Kommandeur des 41. Feldartillerieregiments, ein Mann also, dem niemand Kenntnis der Verhältnisse absprechen kann, schreibt im Berl. Tagebl.:

> In seiner würdigen und wirkungsvollen Entgegnung stellte der Abg. Schrader das andere Ideal auf, das allein dem sittlichen Gefühl eines ehrenhaften Volkes entspricht: „Der Offizier dient dem Staate und hat in der Person des Monarchen dem Staate den Treueid geleistet."
>
> Für die Gegenwart muß ich seinen schönen Optimismus enttäuschen, ich weiß es besser. Der Geist, der in dem preußischen Offizierkorps mit allen Kräften und allen Mitteln großgezogen wird, ist nicht dieser, es ist der Geist des Herrn v. Oldenburg. Was er bloße herausgeplatzt hat, ist die Ansicht unserer herrschenden Kaste, ist die der Militärverwaltung.
>
> ... Daran ändert auch nichts der § 105 des Strafgesetzbuches, der den mit Zuchthausstrafe von fünf Jahren bedroht, der es unternimmt, den Reichstag auseinanderzusprengen. Kein Offizier kennt ihn, keiner wird darin unterwiesen!

Die feige Verlogenheit der konservativen Parteileitung, die diesen klaren Sachverhalt durch wahrheitswidrige Erklärungen zu vertuschen versucht, findet offenbar selbst in einem Teil der konservativen Presse nicht den erwünschten Anklang. So verabreicht die Deutsche Tageszeitung ihren Lesern als Gegengift gegen die offizielle Erklärung ein Zitat aus der antisemitischen Staatsbürgerzeitung, worin die Aeußerung Oldenburgs als „erlösendes Wort" gefeiert wird, „für das jeder Offizier dem Redner dankbar sein müsse." Dazu bemerkt das Organ des Bundes der Landwirte:

> Im Lande draußen ist die Oldenburgische Aeußerung, wie es scheint, von unsern Freunden durchweg so aufgefaßt worden wie von uns. Das beweisen viele zum Teil recht drastische und recht begeisterte Zuschriften, die uns gestern und heute zugegangen sind.

Also ein alter Offizier, der die Dinge von innen kennt, versichert, Oldenburgs Geist ist der Geist des Offizierkorps. Und die agrarisch-antisemitische Junkermeute jubelt Herrn Oldenburg ebenso zu, wie es die konservative Reichstagsfraktion im ersten unbewachten Augenblick selber getan hat. Was bedeuten dagegen die kläglichen Ableugnungsversuche der konservativen Parteileitung?!

Der Verlauf des Falles Oldenburg zeigt, daß die Angelegenheit so ernst zu nehmen ist, wie wir es von Anfang an betont haben. Herr v. Oldenburg hat durch seine unvorsichtige und darum den konservativen Drahtziehern höchst unbequeme Aeußerung die Wahrheit unserer Zustände enthüllt. Es ist Sache des Volks, die heimtückischen Feinde zur Rechenschaft zu ziehen.

• • •

## Junker, Reichstag und — Polizei.

In Berlin fanden am Dienstag abend drei Volksversammlungen mit der Tagesordnung „Junker und Reichstag" statt, in denen die Genossen Ledebour, Singer und Zubeil über die januarkauerlichen Vorgänge in der Reichstagssitzung vom 29. Januar sprachen. Alle drei Säle wurden lange vor Beginn der Versammlungen wegen Ueberfüllung abgesperrt. Tausende fanden keinen Einlaß. Die Massen bewahrten eine mustergültige Ruhe, so daß das starke Schutzmannsaufgebot, unter anderem auch berittene Polizei, keinen Anlaß zur Betätigung von „Heldentaten" fand.

In den Versammlungen kam folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

> „Die Versammlung spricht ihre tiefste Entrüstung über die verbrecherischen Absichten aus, die Herr von Oldenburg-Januschau unter dem Beifall und der Zustimmung der herrschenden Junkerkaste in der Reichstagssitzung vom 29. Januar geäußert hat. Die Versammelten sind darüber klar, daß den preußischen Junkern jeder Rechtsbruch, jede Gewalttat und jede Verfassungsverletzung zuzutrauen ist, sie wissen aber auch, daß an dem festen Willen des arbeitenden Volkes diese Absichten elend zerschellen müssen. Den Zusammenhalt der Arbeiterschaft zu stärken, die wenigen Volksrechte in den bevorstehenden schweren Kämpfen zu verteidigen, ist die erste Pflicht aller freiheitlich denkenden Elemente im deutschen Volke. Dies geschieht am besten, wenn die versammelten Männer und Frauen den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der modernen Arbeiterschaft beitreten, die sozialdemokratische Presse lesen und verbreiten. Die Versammelten versprechen, all ihr Können dahin einzusetzen, um jederzeit gegen junkerliche Frechheiten und reaktionäre Gewalttat gerüstet zu sein."

Ueber ein polizeiliches Nachspiel zu den Versammlungen berichtet das Berliner Morgenblatt:

> „Als die Versammlungen ihr Ende erreicht hatten, versuchten die Versammlungsbesucher mit den Genossen auf der Straße sich zu Zügen zu formieren. Gegen einen aus 200 Personen sich zusammensetzenden Zug, der sich die Müllerstraße entlang nach der Friedrichstraße bewegte, gingen 150 Schutzleute mit blankgezogenem Säbel vor. Sie zersprengten ihn und nahmen dabei zahlreiche Sistierungen vor."

Es haben sich also wieder ähnliche Szenen abgespielt, wie nach den Ferrerprotest-Versammlungen, Szenen, die durch die gerichtlichen Freisprechungen der angeklagten Demonstranten als empörende Ausschreitungen der Polizei gekennzeichnet wurden.

## Deutsches Reich.

### Aus dem Reichstage.

Nach der „Erledigung" der Ordnungsruf-Affäre kam in der Dienstagsitzung der portugiesische Handelsvertrag zur Beratung. Dieser Vertrag ist gewiß kein Meisterwerk der deutschen Diplomatie, über deren Unzulänglichkeit Worte zu verlieren unnötige Zeitverschwendung wäre. Aber schließlich ist der Vertrag immer noch besser als gar kein Vertrag. Die Aera der Hochschutzzölle hat eben, wie Genosse Molkenbuhr treffend darlegte, die internationalen Handelsbeziehungen außerordentlich verschlechtert. Mit Naturnotwendigkeit erzeugt die Hochschutzzöllnerei des einen Landes gleichartige Bestrebungen in dem anderen. Nach einer mehr ausgedehnten als im allgemeinen anregenden Debatte wurde schließlich der Handelsvertrag, für den unsere Fraktion stimmte, mit schwacher Mehrheit angenommen. Höchst possierlich war die Art, wie der Mädchenschullehrer Linz mit schöner Unparteilichkeit erst im Namen der Minderheit seiner reichsparteilichen Fraktion gegen und dann im Namen der Mehrheit seiner Freunde für den Vertrag plädierte.

Den Rest des Tages füllte die Fortsetzung der Kolonialdebatte aus. Dernburg war in rosigster Laune und weißester Weste. Er hat Grund zur Heiterkeit. Zurzeit umschmeicheln ihn alle bürgerlichen Parteien. v. Liebert, der nebenbei die Aktionärschaft an kolonialen Unternehmungen als höchste Blüte des Patriotismus rühmt, mochte dem vor noch nicht langer Frist von ihm und seiner Clique so befehdeten Staatssekretär eine förmliche Liebeserklärung, deren Inbrunst aber von der des freisinnigen Volksparteilers Göller noch weit übertroffen wurde. Im übrigen kalauerte dieser seltsame Arbeiterfreund ein langes und breites über die Sexualität unter Menschen und Tieren unter besonderer Berücksichtigung des Kamels. Das Beste an den ellenlangen Ausführungen dieses Kolonialfreisinnigen war die Zurückweisung der Mohammedanerhetze und der Uebertragung heimischer Verkommungsbestrebungen auf die Kolonien, wie sie am vorigen Tage Erzberger getrieben und gefordert hatte. Zuletzt kam noch Dernburg, strich behaglich die Lobsprüche ein, versprach, nicht allzu störend in die Vielweiberei der Neger einzugreifen und rieb sich schließlich noch ein wenig am Genossen Noske, der ihm am Donnerstag antworten wird.

### Sozialdemokratische Anträge.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur zweiten Lesung des Etats drei weitere Resolutionen eingebracht. Zum Etat des Reichskanzlers wird beantragt, „die verbündeten Regierungen um Vorlegung eines Gesetzentwurfs zu ersuchen, wonach der Reichskanzler für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich ist, diese Verantwortung sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers erstreckt und die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers von einem Staatsgerichtshof geregelt wird".

Zum Etat für das Reichsamt des Innern beantragen die Sozialdemokraten, „die verbündeten Regierungen zu ersuchen, für die Wahlen zum Reichstage einheitliche Wahlurnen für das Reich zu beschaffen, deren Konstruktion das Geheimnis der Wahl sichert und die Möglichkeit einer Kontrolle der Wähler durch irgendwelche Manipulationen mit den Wahlkuverts ausschließt".

Zum Marineetat wird die Einsetzung einer Unter-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19100202/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG